

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

- 1. Nach Leak von Folter-Video: Israels Militärstaatsanwältin verhaftet
- 2. Wer das Sagen hat
- 3. Waffenstillstand, nicht Frieden
- 4. Wie ist die Stimmung bei den Kollegen im Hafen?
- 5. Für den Frieden: Dialog mit Russland statt Konfrontation
- 6. Trump inszeniert sich als Großer Gatsby während viele in den USA hungern
- 7. Gasspeicher: Der aktuelle Füllstand in Deutschland
- 8. Wirtschaftsmacht im Abstieg (II)
- 9. Staatsschulden verstehen jenseits der Mythen und Schlagzeilen
- 10. Neue Sorgen für ÖPNV-Pendler: Fahren bald immer weniger Regionalzüge?
- 11. <u>Sozialere Grunderwerbssteuer: Wie das Reihenhäuschen bezahlbar wird und die Villa</u> teurer
- 12. Geld dort holen, wo es herumliegt
- 13. Bürgergeld: Nur das Existenzminimum bleibt
- 14. Grosskonzerne kaufen immer mehr Arztpraxen
- 15. Die stille Strandung
- 16. Warum Skeptiker und Kritiker keine "Leugner" sind

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

Nach Leak von Folter-Video: Israels Militärstaatsanwältin verhaftet
 Am Freitag erklärte Tomer-Jeruschalmi ihren Rücktritt, dann blieb sie eine Nacht



verschwunden, nun sitzt sie ein. Zu ihrem Schutz, begründet der rechtsextreme Minister Ben Gvir.

Die am Freitag zurückgetretene ehemalige oberste Anwältin der israelischen Armee ist im Zuge von Ermittlungen wegen eines durchgesickerten Videos über die mutmaßliche Misshandlung eines palästinensischen Gefangenen festgenommen worden. Der rechtsextreme israelische Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir gab die Festnahme der früheren Generalstaatsanwältin der Streitkräfte, Jifat Tomer-Jeruschalmi, am Montag im Onlinedienst Telegram bekannt. Er begründete diese mit einem angeblichen Suizidversuch der Militärjuristin.

Quelle: taz

dazu: Gefängnis Sde Teiman: Ein Ort der Hölle in Israels Wüste

In der Haftanstalt soll ein Gefangener vergewaltigt worden sein, andere verletzt. Ein Häftling und ein Whistleblower berichten von ihren Erfahrungen.

Quelle: taz

2. Wer das Sagen hat

Brief aus Jerusalem. In Israel und den USA ist eine Kontroverse um das wechselseitige Verhältnis entbrannt.

Nehemia Schtrasler, Kolumnist der liberalen israelischen Zeitung Haaretz, hat Israels Premier Benjamin Netanjahu am Montag scharf angegriffen: Er habe Israel zu einem Vasallen der USA gemacht. Die wichtigen Entscheidungen würden inzwischen in Washington gefällt. Israel habe sie lediglich umzusetzen. Zuvor waren umgekehrt Stimmen aus dem MAGA-Lager in den USA laut geworden, die behaupten, dass Israel die USA seit langem zwinge, eine Politik im Interesse Israels und nicht der USA zu verfolgen. Die Antwort der Agitatoren von »Make America Great Again«: Israel ist ein US-Protektorat. Netanjahu traf das unvorbereitet. Er war entsetzt. In mehreren Reden auf englisch wie auf hebräisch bestand er darauf, dass Israel kein US-Protektorat sei, sondern enger Verbündeter von Donald Trumps USA. Seitdem betont Netanjahu regelmäßig, dass allein Israel Entscheidungen zur Verteidigung seiner »Sicherheit« treffe und umsetze.

Quelle: Helga Baumgarten in junge Welt

3. Waffenstillstand, nicht Frieden

Gaza: junge Welt hat mit der Hamas, dem Islamischen Dschihad und der PFLP über das Ende des Krieges und ihre Erwartungen für die Zukunft gesprochen. In den Mainstreammedien wird immer viel darüber berichtet, was die USA und Israel nach Kriegsende mit dem Gazastreifen vorhaben. Was aber die palästinensischen Organisationen für Vorschläge auf den Tisch legen, ist kaum Gegenstand der



Berichterstattung. Der Journalist Hüseyin Doğru hat dazu für Junge Welt vor rund einer Woche mit Vertretern der drei wichtigsten Organisationen aus dem Gazastreifen gesprochen. Der Hamas, dem Palästinensischen Islamischen Dschihad und der marxistisch-leninistischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP).

Quelle: junge Welt

4. Wie ist die Stimmung bei den Kollegen im Hafen?

Die Führungsspitze der Gewerkschaft Verdi unterdrückt Palästina-Solidarität an der Basis, sagt Mohammed Alattar. (...)

Die israelische Besatzungsarmee hat mehr als 80 Mitglieder meiner Familie in Gaza, darunter mein Bruder Abood, und mehr als 130 meiner Freunde, Nachbarn und Kollegen massakriert. Im Mai 2024 hat sie unser Haus dem Erdboden gleichgemacht, mit der Bibliothek meines Vaters, Musikinstrumenten, Fotos – alle Erinnerungen wurden ausgelöscht. Ich bin 2015 nach Deutschland gekommen und seit 2023 fest angestellter Arbeiter im Hamburger Hafen. Dort werden in Containern Waffensysteme, Munition, IT-Hardware und so weiter für die israelische Armee verladen. Wir sollen den Tod Zigtausender, auch unserer eigenen Familien, verschiffen und dann noch unseren Mund halten. Für die Führungsetage von Verdi ist das alles kein Thema – nicht einmal, dass palästinensische Hafenarbeiter in diese Völkermordindustrie eingespannt werden. Verdi steht überhaupt nicht hinter uns. Was ist das bloß für eine Gewerkschaft?! Sie erfüllt nicht ihre Aufgabe.

Quelle: junge Welt

5. Für den Frieden: Dialog mit Russland statt Konfrontation

Europa befindet sich in einer der gefährlichsten Phasen seit Ende des Kalten Krieges. Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon mehrere Jahre, ein Ende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Waffenlieferungen, Wirtschaftssanktionen, Informationskriege und gegenseitige Schuldzuweisungen verschärfen die Spannungen zwischen Ost und West immer weiter. Stimmen, die zur Mäßigung und zum Dialog aufrufen, sind selten. Stattdessen droht ein neuer Eiserner Vorhang, begleitet von wachsender Militarisierung und dem Risiko eines großen europäischen Krieges.

Quelle: Globalbridge

dazu auch: Im Russland-Ukraine-Konflikt liegt der falsch diagnostizierte Patient im Sterben

Ein Ende des Ukrainekrieges ist nicht in Sicht. Verfolgt der Westen die richtige Strategie? [...]

Ihr Erfolg oder Misserfolg hängt von einer einfachen Grundannahme ab: Man muss ein Problem verstehen, um es lösen zu können. Leider hat der Westen das Problem, dem er in der Ukraine gegenübersteht, seit mehr als einem Jahrzehnt falsch diagnostiziert –



mit zunehmend tragischen Folgen. Und die Zeit, in der Präsident Trump diese Fehldiagnose - und die daraus resultierende falsche Politik - noch korrigieren kann, läuft rasch ab.

Quelle: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

6. Trump inszeniert sich als Großer Gatsby - während viele in den USA hungern Während der Präsident eine ausschweifende Party schmeißt, hat seine Regierung die

Lebensmittelhilfen für 42 Millionen Amerikaner gestoppt. Demokratische Politiker

sehen ein zynisches Kalkül

Die Herren trugen Smoking, viele Damen erschienen hingegen im Flapper-Kleid im Stil der wilden Zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. "Der Große Gatsby" war das Motto der Party auf Donald Trumps Anwesen Mar-a-Lago an diesem Wochenende, wo die Dekadenz des mehrfach verfilmten Romans gefeiert wurde: Auf Handy-Videos von Teilnehmenden sieht man leicht bekleidete Burlesque-Tänzerinnen mit Federboas im Ballsaal und ein Showgirl, das sich in einem gigantischen Champagnerglas am Pool

Anderswo in den USA ist die Stimmung gerade deutlich schlechter.

Quelle: der Standard

dazu auch: Das «Wall Street Journal» rebelliert gegen «Sonnenkönig» Trump Sprachrohr der Konservativen übt vernichtende Kritik an medialem Wutanfall wegen kanadischer Antizoll-Werbung mit Reagan.

Donald Trump wurde gerade öffentlich von einem seiner alten Verbündeten geröstet dem Wall Street Journal, der weltweit einflussreichen Finanzzeitung des Clans um den Milliardär Rupert Murdoch.

In einem vernichtenden Leitartikel (hinter Bezahlschranke) warf die konservative Zeitung Trump vor, sich wie ein «König» zu benehmen, nachdem er wegen einer kanadischen Fernsehwerbung, in der Ronald Reagan vor Zöllen warnte, medial einen «Wutanfall in Grossbuchstaben» bekam und dafür die Reagan-Foundation als Plattform nutzte - siehe Screenshot.

Quelle: Infosperber

7. Gasspeicher: Der aktuelle Füllstand in Deutschland

Die deutschen Gasspeicher sind derzeit zu 75 Prozent gefüllt. Das sind etwa 14 Prozentpunkte weniger als im Mittel der Jahre 2017 bis 2021 (Datenstand: 01.11.2025). [...]

Seit Anfang des Jahres sind die Gasspeicher deutlich leerer als in den Vorjahren. Sie



enthalten sogar weniger als im Durchschnitt der Jahre 2017-2021. Das liegt daran, dass der vergangene Winter kälter als in den Vorjahren war.

Ouelle: NDR

Anmerkung Jens Berger: Schaut man sich die Rohdaten an, erkennt man schnell, dass der geringe Füllstand maßgeblich mit dem extrem niedrigen Füllstand des Speichers Rheden zu tun hat, der der größte Erdgasspeicher Deutschlands ist.

C	+ NUON Epe Gasspeicher	2.5440	93.80	0.00
C	+ OMV Gas Storage Germany	4.2056	80.66	0.00
С	+ RWE Gas Storage West	15.6331	92.57	-0.01 ▼
С	SEFE Storage (Germany)	21.8460	39.72	0.06 📤
С	▲ UGS Jemgum H (SEFE Storage)	8.8101	92.08	0.09 📤
С	◆ UGS Rehden	12.3868	27.73	0.05 📤
C	◆ VSP NORD (Rehden, Jemgum)	0.6491	86.54	0.00
С	+ Storengy Deutschland	16.2995	87.92	0.28 📤
С	+ SWKiel Speicher	0.5155	93.05	0.00
С	+ TEP	0.9276	101.91	0.00
C	+ Trianel Gasspeicher Epe	2.1207	100.79	-0.01 ▼
С	+ Uniper Energy Storage	49.9967	81.75	0.08 📤
С	+ VNG Gasspeicher GmbH (6)	22.4078	92.66	0.02 📤
C	1 Umgani	AE 7022	67.25	0.01 🛦

Quelle: AGSI

Wir erinnern uns. Dieser Speicher gehörte bis 2022 der Gazprom Germania und wurde qua Gesetz "verstaatlicht", da er ja so wichtig für die Energiesicherheit sei. Den Rahmen dafür lieferte das neue "Gasspeichergesetz". Dieses Gesetz sieht für den Speicher Rheden einen vorgeschrieben Füllstand von 95% für den 1. November vor. Am 1. November 2025 waren es 27,7%. Der Speicher gehört heute der SEFE, die ein Unternehmen des Bundes ist. Der Bund hält sich also nicht an seine eigenen Gesetze. Das sei aber kein Problem, so die amtierende Wirtschaftsministerin Reiche. Seltsam. 2022 hieß es, der damals ebenfalls niedrige Speicherstand von Rheden sei ein teuflischer Trick "von Putin", um Deutschland frieren zu lassen.

8. Wirtschaftsmacht im Abstieg (II)



Mit dem Maschinenbau gibt die dritte der drei Paradebranchen der deutschen Industrie schwere Einbußen in ihrer Produktion und drohende weitere Verluste bekannt. Wie der Branchenverband VDMA mitteilt, geht er für dieses Jahr von einem Rückgang der Produktion um rund fünf Prozent aus. Schon 2024 hatte er preisbereinigt einen Produktionseinbruch um sieben Prozent berechnet. Mit zusätzlichen Verlusten rechnet der VDMA im Export in die USA: Die Trump-Administration will die Liste der Maschinen, auf deren Import sie die 50-Prozent-Zölle auf die Stahleinfuhr anwendet, ausweiten. Sie träfe dann 56 Prozent aller deutschen Maschinenausfuhren in die Vereinigten Staaten. Schon zuvor hatten die deutschen Branchen Nummer eins (Kfz) und Nummer drei (Chemie) gravierende Verluste verzeichnet. So schrumpfte der Marktanteil der drei großen deutschen Autokonzerne auf den drei wichtigsten Märkten weltweit (China, USA, Europa) von 21,7 auf 19,3 Prozent. Der Präsident des Kiel Institut für Weltwirtschaft, Moritz Schularick, urteilt, die drei Kfz-Riesen könne es womöglich "schon zum Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben". Auch in der Chemiebranche bricht die Produktion ein, zuletzt ebenfalls um fünf Prozent.

Quelle: German Foreign Policy

9. Staatsschulden verstehen - jenseits der Mythen und Schlagzeilen

Dass eine spürbare Belebung der deutschen Wirtschaft nur durch höhere staatliche Ausgaben zu erreichen ist, hat Heiner Flassbeck auf diesem Blog bereits mehrfach betont. Die Mehrheit der Ökonomen, Politiker - und wohl auch ein großer Teil der Bevölkerung - hält jedoch an der Vorstellung fest, staatliche Ausgaben müssten grundsätzlich begrenzt bleiben.

Diese Idee ist tief in den europäischen Regeln verankert: Die EU-Konvergenzkriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreiben seit den 1990er-Jahren feste Grenzen für Defizit und Verschuldung vor. Mit der Schuldenbremse von 2009 wurde das Prinzip fiskalischer Askese endgültig verfassungsrechtlich zementiert - die "schwarze Null" avancierte zum Symbol deutscher Selbstzufriedenheit. Seitdem werden jedoch regelmäßig "außergewöhnliche Umstände" geltend gemacht oder Sondervermögen geschaffen, um diese Regeln zu umgehen - ein stilles Eingeständnis, dass ein Staat ohne Schulden kaum Gestaltungsspielraum besitzt. Die politische Heuchelei im Umgang mit Schulden spiegelt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung wider.

Ouelle: Relevante Ökonomik

10. Neue Sorgen für ÖPNV-Pendler: Fahren bald immer weniger Regionalzüge? Regionalbahnen verursachen stark steigende Kosten. Betreibern droht die Pleite, ein erstes Bundesland lässt weniger Züge fahren. 2026 wird wohl alles noch schlimmer. Die Politik wirkt hilflos.



Bahnkunden in Nordrhein-Westfalen sind Zugausfälle gewohnt. Dass am vergangenen Wochenende kein Regional-Express der Linie 4 zwischen Aachen und Hamm fuhr, lag allerdings nicht am Lokführermangel, kaputten Gleisen oder Signalen. Der britische Betreiber National Express ließ die Fahrten in einer Art Streik mutwillig ausfallen, damit das Land NRW für den Betrieb der Züge mehr Geld bezahlt. Eine solch brachiale Aktion ist im deutschen Nahverkehr noch eine Ausnahme. Doch

viele Betreiber von Regionalzügen haben ähnliche Probleme wie National Express.

Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Heute schon ist die Situation schwierig bis schlimm, aber es kann noch schlechter werden. Und angesichts des (selbst verschuldeten) chronischen finanziellen Mangels weigert sich die Bundesregierung nicht nur trotzdem, von Vermögenden und von Großunternehmen angemessene, höhere Steuern zu nehmen, sondern verteilt stattdessen das Geld weiterhin freihändig zum Kapital – mit dem Steuersenkungspaket namens "Investitionsbooster" (ein lächerlicher Name) und z. B. Söders Überlegungen, die Erbschaftsteuer "mindestens zu halbieren". Wenn man den unverantwortlichen Verantwortlichen glaubt, können sich Staat und Bundesländer das anscheinend leisten. Die Daseinsvorsorge für den Großteil der Menschen und das Ziel, eine wenigstens akzeptable Infrastruktur aufrecht zu erhalten (auch für die Wirtschaft wichtig!), fallen halt hintenüber.

dazu auch: GDL-Chef über Bahn-Finanzkreisläufe: "Das könnte man auch als Geldwäsche bezeichnen"

Immobilienmanagement, IT, andere Serviceleistungen. Diese Bereiche sind Teil der Finanzkreisläufe bei der Bahn und Teil des Problems, das man in anderem Kontext auch als Geldwäsche bezeichnen könnte.

Was meinen Sie damit?

Wegen der ganzen defizitären Firmenabschlüsse ist etwas ins Rutschen geraten bei der Bahn. Profitable Unternehmensteile wie Schenker hat man verkauft, andere heruntergewirtschaftet. Und was passiert jetzt? Infrago ist das letzte Unternehmen, das man melken kann. Und jetzt werden die Finanzierungswege genutzt, um beispielsweise bei der Bauplanung und Bauüberwachung innerhalb der Bahn den vielfachen Preis abzurechnen, der draußen auf dem Markt abrufbar ist. Das meine ich mit Geldwäsche. Deshalb erwarten wir vom Bund, dass er seiner Aufgabe als Kontrolleur endlich nachkommt und dass man die Infrastruktur aus dem DB-Konzern herauslöst.

Quelle: FR Online



11. Bürgergeld: Nur das Existenzminimum bleibt

Eine neue Studie zeigt: Das Bürgergeld sichert nur das nackte Überleben. Die Inflation frisst die Anpassungen auf. Über die Hälfte der Bezieher ist von Entbehrungen betroffen.

Es reicht nicht für ein würdevolles Leben. Eine neue Expertise des Paritätischen Gesamtverbands zeigt auf: Anpassungen des Bürgergelds haben nur teilweise die Inflation kompensiert. 86,6 Prozent der Bezieher können keine unerwarteten Ausgaben bezahlen.

Quelle: Telepolis

dazu: Grundsicherung ersetzt Bürgergeld - Kommunen äußern umgehend **Bedenken**

Dennoch fürchten die Städte und Landkreise, am Ende auf den Kosten für Wohnen, Verwaltung und Sozialarbeit sitzen zu bleiben. Ihre größte Sorge gilt jedoch der erwarteten Zunahme von Klagen. Zukünftig sollen alle Leistungsempfänger eine Kooperationsvereinbarung mit dem Staat schließen. Dies ermöglicht behördliche Anordnungen, bei deren Verstoß Leistungskürzungen von bis zu 30 Prozent drohen können. Genau hier liegt die Befürchtung: Da Leistungsempfänger gegen diese Anordnungen Einspruch einlegen können, rechnen mehrere Städte und Landkreise mit einer steigenden Zahl von Klagen, was höhere Kosten und zusätzliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde.

Ouelle: Merkur

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Für die Hartz-IV-Betroffenen weniger Geld und mehr Stress, für die Kommunen höhere Kosten - das Schlimmste aus zwei Welten. Es wird also nicht einmal die angeblich gewünschte Entlastung der Sozialkassen erreicht, sondern mehr Geld ausgegeben, um den Betroffenen weniger Hilfe zukommen zu lassen - und sich dann hinterher zu beschweren, dass Hartz IV (= die neue Grundsicherung) wegen der Faulheit der betroffenen so teuer geworden ist.

dazu auch: Künftig an die "Lebensleistung" gekoppelt: Das ist eine der gravierendsten Bürgergeld-Änderungen 2026

Die neue Grundsicherung bringt drastische Änderungen für Bürgergeld-Empfänger mit sich. Dazu gehört auch, dass ab 2026 die bisherige Karenzzeit für Vermögen komplett wegfällt - mit weitreichenden Folgen für Betroffene. [...] Ein 43-jähriger Alleinstehender mit 14.000 Euro Erspartem wäre somit nicht mehr anspruchsberechtigt. Generell trifft die Reform laut gegen-hartz.de vor allem Menschen, die sich mit Disziplin eine minimale finanzielle Absicherung geschaffen haben. Besonders problematisch: Auch Altersvorsorge in Form von Tagesgeld, Aktien



oder privaten Sparverträgen ist betroffen, wenn sie nicht explizit als "zweckgebunden" gilt.

Doch nicht nur für diese Verschärfung steht die neue Grundsicherung in der Kritik. So stößt vielen Sozialverbänden etwa die neu eingeführte Umzungspflicht ab Tag eins sauer auf. Selbst viele Kommunen sind der neuen Sozialhilfe gegenüber noch skeptisch.

Quelle: FR Online

12. Sozialere Grunderwerbssteuer: Wie das Reihenhäuschen bezahlbar wird - und die Villa teurer

Während also Familien ihre Ersparnisse an den Staat überweisen, umgehen Großinvestoren und Immobilienkonzerne die Steuer mit sogenannten Share-Deals. Dabei werden die Immobilien erst in Firmen verpackt, um dann die Firmenanteile zu handeln – und nicht die Immobilien selbst. Der Kniff: Auf gekaufte Firmenanteile wird keine Grunderwerbssteuer fällig.

Allein zwischen 2018 und 2021 wechselten so rund 150.000 Wohnungen nahezu steuerfrei den Besitzer, wie die damalige große Koalition unter Merkel kurz vor der Bundestagswahl im September 2021 auf eine Anfrage der Linken mitteilte. In der Liste tauchen Namen wie Vonovia oder Adler Real Estate auf.

Die aktuelle Regierung verspricht im Koalitionsvertrag, einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer zu prüfen.

Quelle: Maurice Höfgen in der taz

13. Geld dort holen, wo es herumliegt

Superdividenden, Aktienrückkäufe und Techkonzerne besteuern. Das hat Frankreichs Nationalversammlung vergangene Woche beschlossen.

Die französischen Linken schlossen sich mit dem Rassemblement National zu einer Mehrheit zusammen und beschlossen – gegen den Willen von Präsident Emmanuel Macron und Ministerpräsident Sébastien Lecornu – zusätzliche oder neue Steuern für grosse Tech-Konzerne sowie Steuern auf Superdividenden und Aktienrückkäufe grosser Konzerne.

Grosse deutsche und Schweizer Medien haben darüber nur spärlich informiert. Sie wollen offensichtlich keine Diskussion über höhere Steuern zu Lasten von Grosskonzernen aufkommen lassen.

Quelle: <u>Infosperber</u>

14. Grosskonzerne kaufen immer mehr Arztpraxen

Unabhängige Arztpraxen geraten unter Druck. Grosse Investoren können Medikamenten-Rabatte aushandeln – und selbst einstecken.

Gewinnorientierte Konzerne kaufen Apotheken, Arztpraxen, Reha-Zentren,



Physiotherapie-Praxen, Heimpflege-Organisationen und anderes mehr. Einkaufsgemeinschaften gehören ihnen ebenso wie Medikamentenhersteller, Gerätevertriebsfirmen, Daten- und Analyseunternehmen, Firmen, die Infusionen daheim anbieten, sowie Verwaltungen.

In der Medizin passiert derzeit etwas Ähnliches wie im Rohstoffhandel und in der Landwirtschaft: Konzerne weiten ihren Einfluss auf immer grössere Bereiche aus.

Quelle: <u>Infosperber</u> 15. **Die stille Strandung**

Sich häufende Sichtungen toter Wale an der Nordseeküste haben einen Grund: Das Militär, die Wissenschaften und das große Schweigen zersetzen das Wattenmeer. Es ist ein trauriger Anblick — aber einer, den wir angesichts nachrückender Skandale und Sensationen schnell wieder vergessen: An Deutschlands Küsten werden immer häufiger die Körper von Walen angespült — Todesursache: unbekannt. Wale sind nicht nur die größten Säugetiere, sie gehören auch zu den intelligentesten. Ihr massenhaftes Sterben ist keine Bagatelle. Der Mensch allerdings kümmert sich normalerweise lieber um seine eigenen Belange: als "Krone der Schöpfung". Wie der Autor durch Recherchen herausfand, ist auch dieses Massensterben jedoch menschengemacht. Genauer gesagt: Die Bundeswehr ist verantwortlich, sie führt faktisch eine Art Krieg gegen Meeressäuger. Zwar liegt deren Tod nicht in der Absicht der Militärs, er wird allerdings billigend in Kauf genommen. Experimente mit Unterwasser-Schallwellen setzen den Walen zu, führen zu Orientierungsprobleme, die sie an Küsten stranden lassen. Die Täter waschen ihre Hände in Unschuld, verabreden sich zum Schweigen, verweisen auf die Geheimhaltung "sicherheitsrelevanter" Informationen, während die Sicherheit einiger der am höchsten entwickelten Geschöpfe unseres Planeten fahrlässig gefährdet wird.

Quelle: Manova

16. Warum Skeptiker und Kritiker keine "Leugner" sind

Der "Leugner" ist seit der Corona-Pandemie in der öffentlichen Wahrnehmung ein verbohrter Wissenschaftsfeind, beim Thema Klimawandel ist es ähnlich. Doch das wird jenen, die den Stand der Wissenschaft in Frage stellen, nicht gerecht. [...] Medizinische Forschung stellt zwar auch Tatsachen fest – das Coronavirus, zum Beispiel, existiert natürlich, es lässt sich mit einem Elektronenmikroskop anschauen. Aber wie man Covid behandelt oder welche Maßnahmen vor Ansteckung schützen, diese Erkenntnisse beruhen auf Experimenten, gesammelten Daten und Theorien und werden permanenter Revision unterzogen, sonst gäbe es keinen wissenschaftlichen Fortschritt.

So ist jedes naturwissenschaftliche Wissen zeitabhängig.

Quelle: Deutschlandfunk Kultur